

Jugendförderplan, die Jugendplanungen und Stornierungen möglich machten, sowie die Bereitstellung von Rettungsschirmmitteln zum Beispiel für Jugendbildungsstätten.

Auch mit Blick auf das Thema „Partizipation junger Menschen“ an der Gestaltung der Gesellschaft können wir in Nordrhein-Westfalen auf gute Strukturen und Erfolge verweisen. So gibt es in Nordrhein-Westfalen etwa 100 Kinder- und Jugendgremien als regelmäßiges Jugendforum, Jugendparlament, Kinder- und Jugendrat oder Jugendbeirat. Die Servicestelle „Kinder- und Jugendbeteiligung NRW“ unterstützt diese und berät auch bei Neugründungen.

Nicht zu vergessen sind hier auch die Jugendverbände, die in ganz Nordrhein-Westfalen eine Infrastruktur der Selbstaktivierung und Beteiligung bieten. Wir sind uns wohl darüber einig, dass wir diese Struktur haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie wollen mit Ihrem Antrag den Anlass der Ausrufung eines europäischen Jahres der Jugend dafür nutzen, Ihre Vorstellungen zu einer Kinder- und Jugendstrategie für NRW zu diskutieren. Das kann man sicherlich machen. Aber ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies den verabredeten Prozess des parlamentarischen Verfahrens zu Ihrem Antrag konterkariert. Am 9. Dezember hat zu diesem Antrag eine Anhörung stattgefunden. Diese gilt es doch zunächst einmal auszuwerten und dann im federführenden Ausschuss und den beteiligten Ausschüssen des Landtags zu diskutieren.

Die Anregungen nehmen wir sicherlich alle gern auf. Sie können sicher sein, dass die NRW-Koalition sich ernsthaft mit den Stellungnahmen zu dieser Anhörung befassen wird. Es ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung, Kinder und Jugendliche besser zu beteiligen. Wie ich an Ihrem engagierten Zwischenruf merke, Frau Kollegin Paul, ist das bei Ihnen offensichtlich auch der Fall.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe Ihnen leider gerade nicht zugehört!)

Wir werden das im Ausschuss sicherlich gut beraten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt so. Dann kann ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags, über den wir soeben debattiert haben, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der

Antrag Drucksache 17/15878 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf

4 Silvester-Brauchtum bewahren – Mit der Wiederholung des Feuerwerksverbots an Silvester droht der pyrotechnischen Industrie die Insolvenz

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15869

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie froh waren die meisten von Ihnen, als Sie letztes Jahr den Feuerwerksverkauf unter dem Deckmantel Ihrer Coronahysterie verbieten konnten – ein weiteres Verbot auf dem Weg in den Obrigkeitsstaat.

Ich möchte gar nicht wissen, wie viele von Ihnen sich jetzt darüber freuen, auch dieses Jahr mit ihrer maßlosen Bevormundungspolitik fortzufahren. Die Landesregierung hat auch unter dem Ministerpräsidenten Wüst Gefallen daran gefunden, die Freiheit der Menschen zu beschneiden. Es ist aber schon eine überbordende Selbstgerechtigkeit, dass Sie sich nicht einmal die Mühe machen, das Verbot vernünftig zu begründen.

Die Pseudobegründungen sind in ihrer Lächerlichkeit und Falschheit kaum zu übertreffen: Feinstaub und Corona. Die Feinstaubmenge des Feuerwerks entspricht nach einer aktuellen Studie, die das Umweltbundesamt mittlerweile anerkannt hat, weniger als 0,7 % der jährlichen Feinstaubemissionen. Dabei handelt es sich um große und somit eher ungefährliche Partikel, die vom Regen einfach ausgewaschen werden. Die Coronahysterieargumentation ist vollkommen irre. Vielleicht wissen es manche von Ihnen noch gar nicht: Feuerwerke zündet man in der Regel draußen an – an der frischen Luft und nicht im Haus.

(Karl Schultheis [SPD]: Danke für die Information!)

Da einige Verbotsfanatiker dies mittlerweile auch bemerkt haben, wird nur noch der Unsinn von der massenhaften Überlastung der Krankenhäuser durch Feuerwerksverstümmelungen erzählt. – Ja, da lachen Sie. Es geht dabei um etwas ganz anderes, und deshalb lachen Sie. Das Silvesterfeuerwerk ist eine schöne Tradition.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist nicht politisch korrekt. Es ist nicht sozial, nicht öko und nicht vegan. Es ist nicht klimagerecht, kein Gendermist und erst recht nicht irgendwie vertrocknet feministisch. Es hat nichts, aber auch gar nichts mit giftgrüner, bessermenschlicher, lebensfeindlicher Verbotspolitik zu tun.

(Heiterkeit von Sven Werner Tritschler [AfD] – Beifall von der AfD)

Im Gegenteil: Es ist laut und feurig. Es blitzt und leuchtet und riecht nach Rauch und Schwarzpulver. Es ist wild und unkontrolliert. Es hat etwas von Anarchie. Und genau deshalb lieben wir es. Es entspricht einfach unserer Natur als Mensch. Es macht einfach Spaß. Es ist schön anzusehen. Es ist unser Symbol für Hoffnung und Freiheit:

(Beifall von der AfD)

die Hoffnung auf ein besseres Jahr und die Freiheit vor einem übergriffigen, willkürlichen Obrigkeitsstaat.

Silvester ohne Feuerwerk ist wie Weihnachten ohne Weihnachtsbaum. Ohne Feuerwerk ist Silvester nur ein ereignisloser Tag, den wir im Kalender emotionslos streichen können.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach was?)

– Gerade Sie von den Grünen und der SPD.

Es ist nämlich ein weiterer Schritt hin zum lebensfeindlichen, bessermenschlichen totalitären Tugendstaat, den Sie sich wünschen.

(Lachen von den GRÜNEN)

Die ehemals mündigen Bürger in diesem Land sind von Ihnen, von den Altparteien, schon längst zu Untertanen degradiert worden.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das Silvesterfeuerwerk ist einer der letzten Reste Freiheit, die dem deutschen Untertanen noch geblieben sind. Genau und nur deshalb wollen Sie es uns verbieten.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: So ist es!)

Im Gegensatz zu Ihnen glauben wir als AfD an den mündigen Bürger, an Selbstbestimmung und Freiheit. Darum geht es in unserem Antrag. Sollte dem einen oder anderen von Ihnen – ich schaue mal ganz vorsichtig zu den ehemals Liberalen hier im Landtag – doch noch ein ganz wenig Freiheit am Herzen liegen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Karl Schultheis [SPD]: Das war ja ein Feuerwerk!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Franken.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war ja schon fast eine Büttenrede, wie sie im Karneval nicht besser hätte sein können.

(Beifall von der CDU und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] – Zurufe von der AfD: Ist ja auch verboten!)

Das ist leider schade, denn es wird der Dramatik, die momentan in der Branche vorherrscht, überhaupt nicht gerecht.

Wenn wir verstehen wollen, wie die Gegebenheiten in dieser Branche gerade sind, dann müssen wir auf die Strukturen schauen.

Wir reden über 3.000 Jobs. Inklusive Zulieferern und Logistikunternehmen in ganz Deutschland sind das immerhin 460 direkt angestellte Mitarbeiter und Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen – im Rhein-Sieg-Kreis und in Remscheid.

Der Umsatz der pyrotechnischen Industrie, so das Fachwort, war innerhalb der letzten Jahre um fast 20 % gestiegen. Der allergrößte Teil des Branchenumsatzes entfällt – man ahnt es – auf das Inland und speziell die Silvestertage. Man produziert das gesamte Jahr vor, um dann an Silvester seinen Jahresumsatz zu machen – und das gerade mal an drei bis vier genehmigten Verkaufstagen zwischen Weihnachten und Neujahr. Dort werden 90 % des Jahresumsatzes realisiert.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn man das Verkaufsverbot, das in den letzten beiden Jahren ausgesprochen wurde, quasi auf den Handel, auf die Modebranche übersetzen würde, dann käme das einer faktischen Schließung der Modengeschäfte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember gleich. So dramatisch ist die Lage vor Ort.

(Beifall von Rainer Spiecker [CDU])

Das sind die Rahmenbedingungen, das ist soweit klar.

Der Umgang mit der Sachlage ist, wie wir gerade gemerkt haben, völlig unterschiedlich. In der vergangenen Woche hat die AfD das Thema für sich entdeckt. Ich würde sagen: mindestens ein Jahr zu spät.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wir haben es schon letztes Jahr beantragt!)

Ihr Antrag ist wie immer populistisch bis in die letzte Ecke. Das sind wir gewohnt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Nebelkerzen, die Sie hier zünden, haben nichts, aber auch rein gar nichts mit Silvester oder dem Feuerwerk zu tun.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie arbeiten sich in Ihrem Antrag seitenweise an Ihren politischen Gegnern ab und befassen sich gerade mal in einer Zeile mit den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das lässt wirklich tief blicken.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Christian Loose [AfD]: Da haben Sie den Antrag aber nicht gelesen! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist immer das Schwierige: Wenn man hier im Plenum sprechen muss, dann ist man ja quasi gezwungen, Anträge zu lesen, auch wenn sie von der AfD kommen. Das macht die Sache nicht einfacher, aber wir nehmen die Herausforderung natürlich an.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ihr Antrag zeigt inhaltlich, gepaart mit einem unsäglichem Auftritt im Wirtschaftsausschuss zu diesem Thema in der letzten Woche, sehr deutlich, dass die Sorgen um Arbeitsplätze bei Ihnen völlige Randerscheinungen sind. Ihr Ziel ist, die nächste politische populistische Sau durchs Dorf zu treiben. Da machen wir nicht mit; denn wir haben andere Ziele.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Sie wollen Traditionen zerstören!)

Die Arbeitsplätze und der Erhalt der Betriebe vor Ort stehen für uns im Mittelpunkt – und nicht solch billiger Populismus.

Daher müssen wir als Politik klar trennen zwischen der Diskussion um das Feuerwerk generell und der aktuellen Notlage eines gesunden Wirtschaftsbereiches, der aufgrund der Pandemie und der politischen Beschlüsse in Schieflage gekommen ist und nun vor dem Aus steht.

Deshalb palavern wir nicht herum, wie Sie das tun, sondern arbeiten seit einem Jahr sehr hart an Lösungen für die Menschen vor Ort. Seit Dezember 2020 haben wir uns intensiv darum bemüht, dass der Bund Hilfen bereitstellt. Das bedeutet harte Überzeugungsarbeit,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

unzählige Gespräche, Telefonate und Videokonferenzen sowie viele Briefverkehre, die auf dem Weg zum Ziel zu absolvieren sind.

Wir haben bis in den April hinein gekämpft, um eine zweistellige Millionenhilfe auf die Beine zu stellen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Hätten Sie mal lieber fürs Feuerwerk gekämpft!)

Auch im letzten Jahr stand es bereits auf Spitz und Knopf. Diese Branche würde es heute nicht mehr

geben, wenn wir damals nicht so entschieden gehandelt hätten.

(Thomas Röckemann [AfD]: Und jetzt ist sie wirklich platt! Vielen Dank!)

Auch im Vorfeld der letzten Entscheidungsrunde war klar, dass es schwierig wird. Ich persönlich hätte mir auch eine Entscheidung gewünscht, die etwas stärker zwischen dem Böllerverbot auf überfüllten Plätzen und dem privaten Höhenfeuerwerk unterscheidet. Aber die dramatische Situation rund um Corona in Bayern und Sachsen hat dann in der MPK anscheinend überwogen. Diese Entscheidung kann man nach den Schilderungen der Ministerpräsidenten dann auch nachvollziehen.

Entscheidend ist jetzt aber, dass auskömmliche Hilfgelder fließen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Da sind wir in diesem Jahr einen entscheidenden Schritt weiter als im letzten Jahr. Denn wir haben im Abschlusspapier der Ministerpräsidentenkonferenz klare Zusagen, dass Wirtschaftshilfen fließen. Das ist eine wesentlich bessere Ausgangslage als im vergangenen Jahr. Daran hat diese Landesregierung maßgeblichen Anteil.

Unsere Aufgabe ist es, durchzusetzen, dass die in diesem Jahr noch dramatischere Lage in Berlin erkannt wird und dass die Hilfen deutlich höher ausfallen als im letzten Jahr. Das haben wir mit der Landesregierung gemeinsam deutlich kommuniziert. Ich danke hier noch einmal ausdrücklich dem Ministerpräsidenten, Hendrik Wüst, unserem Chef der Staatskanzlei und unserem Wirtschaftsminister, Professor Pinkwart, für die ehrliche und tatkräftige Unterstützung bis heute, aber gerade auch in den kommenden Wochen.

Wir müssen in Berlin gemeinsam viel Überzeugungsarbeit leisten. Daher bitte ich alle Parteien, die in Berlin in der Verantwortung stehen: Lassen Sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen. Denn es geht um nicht weniger als den Erhalt einer gesamten Branche. Es geht um viele Arbeitsplätze. Es geht um die Menschen vor Ort und deren Familien. Für die müssen wir kämpfen, und deren Stimme müssen wir sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Franken. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben mal wieder eine typische Blex-Rede gehört.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das können Sie nicht!)

Wenn die Maßeinheit für die Widerlichkeit einer Rede ein Blex wäre, würden Sie einen Blex erhalten.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle auf eine Sache, die Sie gesagt haben, ein wenig eingehen, weil sich das im Prinzip gegen uns alle – außer gegen Sie selbst – richtet. Sie sagen, wir hätten Gefallen daran, Freiheiten zu beschneiden.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Oh ja! – Dr. Christian Blex [AfD]: Genau!)

Das weise ich in aller Deutlichkeit für alle demokratischen Abgeordneten in diesem Raum zurück.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

In aller Deutlichkeit weise ich das zurück.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Einzigen, die auf diesem Trip unterwegs sind, sind Sie.

(Beifall von der SPD – Dr. Christian Blex [AfD]: Das glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr! Sie können sich jetzt aufregen! Aber das glaubt Ihnen doch keiner mehr!)

Nun lassen Sie uns einen Blick auf diese Branche werfen; mein Vorredner hat das auch schon gemacht. Es geht um eine ganze Branche, die extrem betroffen ist. Wir haben hier auch schon häufiger über die Schausteller gesprochen, denen temporäre Erträge wegbrechen. Diese Branche hat aber ein einzigartiges Umsatzverhalten: 90 bis 95 % in vier Tagen.

Aufgrund dessen – da gehe ich mit Ihnen konform – müssen wir für diese sehr spezielle Branche auch sehr spezielle Lösungen finden. Denn – das muss am Ende unser Ziel sein – wenn wir den Leuten in allen Lebensbereichen, den Mitarbeitern und auch den Unternehmern etwas auf die Schultern legen – und das müssen wir tun –,

(Helmut Seifen [AfD]: Nein, eben nicht! Nein!)

dann müssen wir individuell auch die entsprechenden Lösungen finden. Das ist wichtig. Diese Botschaft sollte auch von hier ausgehen.

Es fällt uns allen doch nicht leicht, das zu tun. Wir wägen ab.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das glaubt Ihnen keiner!)

Wir wägen ab und schauen, was man tun kann. Dann muss man gucken. Wenn wir in diesem Entscheidungsprozess die entsprechenden Hilfen auflegen, ist es in der Tat ein begründetes Vorgehen. Es ist nicht das, was Sie uns hier wohl vorwerfen wollen, nämlich ein willkürliches Vorgehen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Nein, es ist nicht willkürlich!)

Warum machen wir das denn? Wir machen das, um diese Pandemie, die unser aller Leben beherrscht,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ihre Pandemie!)

in den Griff zu bekommen.

Ich will doch auch die Menschen in den Krankenhäusern schützen. Wir haben – das können Sie im Deutschen Ärzteblatt nachlesen – jährlich ungefähr 8.000 schwere Verletzungen rund um Silvester. Die müssen alle in die Notaufnahme –

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und das zu einer Zeit, in der die Menschen dort schon über Gebühr belastet sind. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Grund, warum wir es an dieser Stelle eben nicht dazu kommen lassen wollen.

Sie haben gerade über Traditionen an Silvester geredet. Ich habe auch schon häufiger in meinem Leben Silvester gefeiert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich weiß auch: Um 24 Uhr ist man vielleicht nicht mehr ganz so drauf, wie man um 8 Uhr drauf gewesen ist. Dann gibt es auch Problematiken. Dann trifft man sich, und dann wird das Abstandsgebot nicht mehr richtig eingehalten.

(Christian Loose [AfD]: Die Nachbarn reden! Das will man nicht!)

Insofern halte ich es allein aus diesen beiden Gründen für notwendig, das zu tun.

Wie gesagt: Es ist nicht leicht. Es fällt uns auch nicht leicht, das zu tun.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das merkt man!)

Es ist für uns an dieser Stelle der schwere, aber der richtige Weg. Sie gehen immer den leichten Weg; Sie gehen immer den trennenden Weg. Wir gehen den schweren Weg.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Aber am Ende gehen wir den richtigen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Den schweren Weg für die Menschen, ja!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Freynick das Wort.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Was wollen Sie denn über Freiheit sagen? – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Jörn Freynick* (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das geplante Verbot von Feuerwerk an Silvester trifft die Branche hart. Jedoch steht die Frage im Raum, was der Antragsteller, also die AfD-Fraktion, eigentlich bisher dazu beigetragen hat, diese derzeitige Lage abzuwenden.

Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist doch der Fall.

(Beifall von der FDP)

Die Gefährlichkeit des COVID-19-Erregers wurde stets von Ihnen heruntergespielt. Maske tragen? Unnötig, ja sogar gefährlich. Alice Weidel verbreitet irreführende Zahlen über die Belegung von Intensivstationen. Darüber hinaus will sie nun bald Seit an Seit mit Querdenkern und Impfgegnern marschieren.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Habe ich schon getan! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, so sehen Sie auch aus!)

Impfen lassen will sich auch kaum jemand von der AfD – mit Ausnahme von Herrn Wagner. Impfstoffe werden als Gentherapie und als gefährlich diffamiert. Weite Teile der AfD drehen die transparenten Statistiken und die offenen Zahlen des RKI und des Paul Ehrlich-Instituts in ihrem Sinne um.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Die AfD, meine Damen und Herren, hat absolut gar nichts beigetragen, um dieser Pandemie Herr zu werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Dr. Christian Blex [AfD]: Und deshalb verbieten Sie Feuerwerk?)

Eine hohe Impfquote, die flächendeckende Anwendung der 2G-Regel und die Einhaltung der AHA-Regeln sind die Mittel, mit denen wir langfristig diese Pandemie hinter uns lassen werden.

Daher lautet mein Appell an alle ungeimpften Menschen dort draußen – vielleicht auch Ihre Klientel, die gerade zuhört –: Lassen Sie sich bitte impfen!

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die mRNA-Impfstoffe werden bereits seit längerer Zeit erforscht. Mit schon über 3 Milliarden geimpften Menschen hat die Wissenschaft eine beispiellose Menge an verlässlichen Daten über die hohe Wirksamkeit der Coronaschutzimpfung erlangt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Eine Impfung schützt weiterhin in den meisten Fällen vor einem schweren Verlauf bei einer COVID-19-Erkrankung.

Die Impfverweigerer der AfD tragen laut einer Studie der TU Dresden in einem enormen Maße dazu bei,

dass sich ein beträchtlicher Teil der Menschen in diesem Land nicht für eine Impfung entscheidet.

Daher gebe ich Ihnen eine Teilschuld daran,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass die Inzidenzzahlen derzeit so hoch und die Intensivstationen wieder einmal so voll sind, wie sie sind.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Freynick, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Abgeordnete Walger-Demolsky möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Jörn Freynick* (FDP): Nein, vielen Dank. Ich glaube, das Niveau ist durch diesen Antrag schon am Boden. Ich versuche gerade, es zu heben. Daran möchte ich gerne weiterarbeiten. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Björn Franken [CDU])

Jetzt beklagen Sie ein Verkaufsverbot, zu dessen Notwendigkeit Sie ja fleißig beigetragen haben. Wären die Zahlen nicht so hoch, müssten wir diesen Tagesordnungspunkt gar nicht behandeln.

Ich persönlich finde die Entscheidung für ein erneutes Feuerwerksverbot nicht richtig. Mit dem Feuerwerk made in Germany haben wir nicht nur den Europamarktführer bei uns im Land, sondern auch den sichersten Hersteller der Welt für Feuerwerk. Ein Verbot von Großveranstaltungen mit Feuerwerk hingegen sehe ich aufgrund der hohen Fallzahlen absolut ein. Dass aber mit dem Verkaufsverbot der Familie an Silvester ihr Feuerwerk im eigenen Garten oder auf der Straße, vor der Wohnung oder wo auch immer an der frischen Luft verwehrt werden soll, halte ich für unsinnig.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Warum machen Sie es dann mit?)

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Menschen jetzt nicht auf anderen Wegen illegales und vor allem gefährliches Feuerwerk kaufen werden.

Nun ist dies jedoch ein Beschluss aufgrund der Gespräche auf Bund-Länder-Ebene. Das Verbot ist daher auch nicht mehr abzuwenden.

(Christian Loose [AfD]: Ah, die anderen sind schuld!)

Das ist bitter, vor allem für die Branche. Es erfolgt wieder einmal kurz vor dem Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dadurch wird die Branche um ihr Geschäft gebracht, das zu 95 % im Dezember umgesetzt wird.

Vor allem für die in meinem Wahlkreis ansässige Firma WECO aus Eitorf, die in dieser Branche der Europamarktführer ist, ist das ein herber Schlag. Es ist zu hoffen, dass das Verkaufsverbot wenigstens eine wirklich spürbare Entlastung für die Notaufnahmen an Silvester mit sich bringen wird.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Ihnen geht es hierbei nicht um die betroffenen Arbeitsplätze beispielsweise bei WECO in Eitorf. Ihnen ist die Branche völlig egal. Auf dem Rücken der Betroffenen polarisieren Sie die Debatte über das Feuerwerksverbot.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich werde mich im Umkehrschluss für eine schnelle und unbürokratische Hilfe für die Feuerwerksbranche in unserem Land einsetzen.

(Andreas Keith [AfD]: Sie haben sich doch verkauft und prostituiert für die Branche, nicht wir!)

Ich danke ausdrücklich unserem Wirtschaftsminister Professor Pinkwart, dass er dies bereits angekündigt hat.

Des Weiteren fordere ich von der Landesregierung, zumindest für Silvester 2022 eine Garantie für den Verkauf von Feuerwerk zu geben. Denn ein drittes Jahr in Folge mit Verkaufsverbot wird die Branche, staatliche Hilfen hin oder her, nicht mehr überleben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Björn Franken [CDU] – Sven Werner Tritschler [AfD]: Das ist Ihr Minister! – Christian Loose [AfD]: Sie regieren im Bund und im Land!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. Sie haben es angezeigt bekommen: Es wurde von der Fraktion der AfD eine Kurzintervention angemeldet, und zwar für Frau Abgeordnete Walger-Demolsky, die jetzt für 90 Sekunden das Wort hat. Bitte.

Gabriele Walger-Demolsky^{*)} (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sie haben eine ganze Menge Dinge in den Raum geworfen, die keinerlei Faktencheck überstehen würden. Geschenk.

Aber das Schlimmste, was Sie gesagt haben, war, dass es hier um einen sicheren, gut getesteten und gut dokumentierten Impfstoff geht. Das erzählen Sie jemandem, der hier sitzt und seinen Mann verloren hat, weil er nämlich diesen gut gesicherten Impfstoff nicht vertragen hat und daran gestorben ist. Das ist wirklich bodenlos von Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Mein Mann hatte eine Krankheit, mit der er vier Wochen später nicht mehr geimpft worden wäre. Im Juni ist er noch geimpft worden. Im Juli wäre er nicht mehr geimpft worden. Leider hat er es dahin nicht mehr geschafft und ist verstorben. – Vielen Dank für Ihre Fakten.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war die Kurzintervention. – Herr Abgeordneter Freynick, es steht Ihnen frei, darauf zu erwidern.

Jörn Freynick^{*)} (FDP): Frau Walger-Demolsky, ich will Ihnen eigentlich nur sagen, dass ich bei der AfD bisher absolut vermisst habe und nirgendwo erkennbar war, dass Sie sich auch nur ein Stück weit für Impfen und zur Lösung der Pandemie eingesetzt haben. Ich hoffe, dass Sie vielleicht wieder auf den richtigen Weg kommen und mit uns gemeinsam versuchen werden, diese Pandemie in den Griff zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Björn Franken [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Freynick. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Abgeordneter Kollege Rübe das Wort.

Norwich Rübe^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt, finde ich Ihren Antrag heute hier einigermaßen dreist,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

weil ich der Meinung bin, dass Sie erheblich dazu beigetragen haben, Gift in diese Gesellschaft zu spritzen

(Helmut Seifen [AfD]: Du meine Güte!)

und dafür zu sorgen, dass sich so viele Menschen nicht haben impfen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn wir eine Impfquote von, sagen wir einmal, 90 % hätten – das wäre ja vielleicht möglich gewesen ...

(Christian Loose [AfD]: Dann wollen Sie 95 %, und dann wollen Sie 100 %!)

– Sehen Sie, Ihre Reaktionen zeigen schon die ganze Zeit, wie Sie sich in der Sache auseinandersetzen.

(Christian Loose [AfD]: Sie haben gesagt, jeder habe ein Impfangebot! Das ist doch verlogen!)

– Melden Sie sich doch zu einer Zwischenfrage. – Wenn wir die 90 % hätten, könnten wir vielleicht dieses Jahr ganz anders Weihnachten und Silvester feiern und müssten nicht wieder die Einschränkungen haben,

(Helmut Seifen [AfD]: Hätte, hätte!)

die uns alle betreffen – uns alle und in besonderem Maße eben den in Ihrem Antrag genannten Hersteller, der natürlich in hohem Maße betroffen ist; gar keine Frage.

Aber Ihr Antrag ist jetzt auch gar nicht mehr notwendig, weil der Wirtschaftsminister schon entsprechende Unterstützung signalisiert hat.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Es geht um die Freiheit von Menschen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Mein Gott!)

An dieser Stelle wird etwas passieren. Das halten wir auch für genau richtig.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

In der Sache geht es jetzt doch darum, noch einmal klar festzustellen, dass wir in den Krankenhäusern keinerlei zusätzliche Belastungen brauchen können.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Christian Blex [AfD]: Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Die Intensivbetten, die wir haben, sind nicht so ausgelegt, dass man eine solche Überbelastung aushalten kann.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Durch Corona sind die Krankenhäuser hinreichend belastet. Da ist an Silvester den Leuten nicht noch zusätzlich etwas zuzumuten.

Ich frage mich auch, ob Sie eigentlich die ganzen Signale aus dem Bereich der Pflege auch nur an einer einzigen Stelle einmal ernst genommen haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Menschen sagen Ihnen, dass sie mit dem, was sie tagtäglich leisten, an ihre Grenzen kommen. Das ist Ihnen alles scheißegal – für ein schönes Feuerwerk.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Nein! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege ...

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Das geht an der Stelle überhaupt nicht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Rüße, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Ich kann Sie bei der Gelegenheit auch ermahnen,

Ihre Sprache noch einmal zu überdenken und hier den parlamentarischen Gepflogenheiten zu folgen. Aber „Frage“ war genau das Stichwort, auf das ich gewartet habe. Herr Abgeordneter Wagner möchte Ihnen nämlich gerne eine Zwischenfrage stellen.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Nein, keine Zwischenfragen,

(Andreas Keith [AfD]: Das haben Sie eben angeboten! – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

weil es Ihr Antrag nicht wert ist, darüber noch länger zu diskutieren.

(Helmut Seifen [AfD]: Diese Herablassung!)

Ich finde, dass Sie mit Ihrem Antrag – und das werden wir gleich noch einmal erleben – lediglich auf billige Effekte aus sind, dass Sie nicht verantwortungsvoll Politik betreiben und dass Sie so ein Problem wie das, das wir hier haben, eben nicht von allen Seiten betrachten.

Ich finde es auch beschämend vor dem Hintergrund der vielen Toten, die wir haben, und der vielen schweren Erkrankungen, die wir haben, dass Sie die wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens, die da sind – gar keine Frage –, zentral in die Überschrift des Antrags packen. Das finde ich reichlich erbärmlich.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich habe zu dem Unternehmen alles gesagt. Der Wirtschaftsminister wird dazu sicherlich gleich auch noch etwas sagen.

Was Sie betreiben, ist verantwortungslos und billige Effekthascherei.

Den Rest der Redezeit, die ich noch habe, schenke ich den Fraktionen. Das ist mein kleines Weihnachtsgeschenk. Mehr muss man zu Ihrem Antrag, glaube ich, auch nicht sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens. Die Pandemie erfordert es, zusätzliche Belastungen von Krankenhäusern infolge von Vorfällen mit Feuerwerk zu vermeiden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zweitens. Der Pandemie können wir am besten begegnen, indem es uns gelingt, die Impfquote in unserem Land deutlich zu erhöhen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Auf wie viel denn?)

Drittens. Wir wollen, dass das Feuerwerk zu Silvester in Zukunft wieder stattfindet –

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das glaubt Ihnen keiner!)

und dies möglichst mit sicheren Feuerwerkskörpern.

Viertens. Wir tun daher alles in unseren Möglichkeiten Stehende, um die pyrotechnische Industrie am Standort Deutschland und am Standort Nordrhein-Westfalen zu sichern, weil sie die sichersten Feuerwerkskörper herstellt.

Fünftens. Wir haben dazu im Beschluss der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin bereits eine Regelung bewirken können, die für einen entsprechenden Schadensausgleich sorgt.

Wir wissen, dass das im zweiten Jahr erfolgt und es so, wie es bisher formuliert ist, noch nicht ausreichend sein kann. Hier sind noch Verbesserungen notwendig. Wir werden uns dazu in dieser Woche als Landesregierung im Bundesrat noch einmal einbringen und natürlich auch die Gespräche mit der Bundesregierung suchen, damit ein wirklich ausreichender Ausgleich gelingen kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Firmen müssen wissen, dass die Politik sie in dieser schwierigen Situation nicht alleinlässt. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Loose für die Fraktion der AfD das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei WECO und NICO sind die Mitarbeiter Feuer und Flamme für ihren Arbeitsplatz. Doch das Feuer wird von der Politik – von Herrn Wüst, von Herrn Pinkwart – gelöscht.

„Eine Politik der Mitte beschäftigt sich nicht mit Ideologien – sondern mit der alltäglichen Realität des Menschen.“ So sagte es Herr Wüst in seiner Antrittsrede.

Doch das Verbot, zu Silvester Feuerwerk zu benutzen, ist Ideologie pur. Die Begründungen sind faden-scheinig. Angeblich würden die Krankenhäuser überlastet, wenn sich Menschen draußen an der frischen Luft an einem Feuerwerk erfreuen würden.

Dabei sind die Probleme des Gesundheitssystems doch politisch gemacht. So ist beispielsweise der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn vor zwei Jahren nach Mexiko geflogen, um dort neue Pflegekräfte anzuwerben. Er sprach im Jahre 2019 davon, dass 80.000 Pflegekräfte in Deutschland fehlen würden. Und weder CDU und SPD im Bund noch CDU und FDP hier im Land haben daran irgendetwas geändert.

Stattdessen schieben Sie jetzt anderen die Schuld in die Schuhe. Das Feuerwerk sei gefährlich, und deshalb müsse es verboten werden; sonst würden die Kliniken überlastet, behaupten Sie. Dabei ist Alkohol die Nummer eins der Ursachen für Verletzungen an Silvester. Denn Alkohol macht aggressiv, führt zu Streit und vergiftet. Im nächsten Jahre werden Sie dann sicherlich auch den Alkohol zu Silvester verbieten. Dabei können die Menschen Ihre Coronamaßnahmen doch nur noch mit Trinken ertragen.

Aber der Ministerpräsident Wüst sei ja gar nicht schuld; das haben wir gerade wieder von Herrn Franken gehört. Das haben Sie auch schon im Ausschuss gesagt: Nein, die Bayern sind schuld, die Sachsen sind schuld. – Wer regiert denn da, Herr Franken? Die CSU und die CDU. Damit tragen Sie mit Ihren Brüdern und Schwestern die Hauptverantwortung für das Feuerwerksverbot und die Hauptverantwortung für die Arbeitsplätze bei WECO und NICO, die hier verloren gehen. Die CDU macht das, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Die Freiheitsdiebe von der FDP sind noch viel schlimmer in ihrer Argumentation. Die Ungeimpften seien an allem schuld. Mein Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bombis tat es schon, und tun Sie es jetzt auch. Stellen Sie sich wenigstens der politischen Verantwortung. Sie haben das mitgetragen. Sagen Sie den 400 Familien in Eitorf und Wuppertal, dass ihr Job weg ist. Sagen Sie den Bürgern von Eitorf, dass sie sich das schöne Theater vielleicht nicht mehr leisten können, weil der größte Steuerzahler wegfällt.

100 Familien in Freiberg feiern dieses Jahr ein schwarzes Weihnachten. Denn dort wurde das Werk schon zugemacht.

Damit machen Sie eine Politik gegen Arbeitsplätze, eine Politik auf dem Rücken der Menschen, meine Damen und Herren.

„Eine Politik der Mitte beschäftigt sich nicht mit Ideologien – sondern mit der alltäglichen Realität der Menschen“, Herr Franken, Herr Wüst, Herr Pinkwart. Die Realität ist aber, dass ein Traditionsunternehmen wie WECO vielleicht bald aus Eitorf verschwunden ist. Vielleicht muss es doch Insolvenz anmelden. Die Realität ist, dass die Unternehmen Ihnen nicht mehr vertrauen dürfen. Denn zwei Jahre lang haben Sie

sie schon angelogen. Acht Wochen vor Silvester heißt es noch, ja, das Feuerwerk könne stattfinden. Aber dann, kurze Zeit später, wird es doch wieder verboten.

Noch produziert WECO auch in Deutschland. Hier herrschen beste Standards: hohe Sicherheit. Es sind eben keine Polenböller, mit denen sich die Leute verletzen können. Aber das werfen Sie, Herr Pinkwart, und Ihr Kollege Herr Wüst einfach so weg. Dabei hatte WECO noch im Sommer des letzten Jahres angekündigt, in ein neues Lagersystem zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch die Realität ist jetzt das geschlossene Werk in Freiberg.

Das sind die Arbeitslosen Ihrer Politik, Herr Pinkwart. Es sind die Arbeitslosen von CDU und FDP. Sie stoßen die Menschen ins Wasser, und kurz vor dem Ertrinken werfen Sie ihnen noch einen Rettungsring zu. Das ist Ihre Methodik, Herr Pinkwart. Jetzt sagen Sie, Sie wollten sie retten, nachdem Sie sie vorher ins Wasser gestoßen haben.

Weil uns die Arbeitsplätze wichtig sind, haben wir diesen Antrag gestellt. Auch im letzten Jahr haben wir einen Antrag zum Erhalt des Feuerwerks gestellt; vielleicht sollten Sie einmal die Parlamentsdatenbank durchsehen. Wir haben uns auf fast zwei Seiten dieses Antrages nur mit den Arbeitsplätzen befasst. Wir möchten diese Arbeitsplätze und die Freiheit erhalten.

Auch heute haben Sie die Chance. Ändern Sie Ihren Kurs. Lassen Sie das Feuerwerk zu. Die Beschäftigten und die Bürger warten darauf. Denn Zukunft gibt es nur mit Freiheit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen werden hier vorne nicht angezeigt. – Das bleibt auch so. Damit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur direkten Abstimmung, wie von der antragstellenden Fraktion beantragt. Ich darf fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/15869 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15869** mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

5 Bericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens jährlich mündlich berichten.

Das ist auch geübte Praxis. Hierzu erteile ich dem Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Yüksel, das Wort. Bitte sehr.

Serdar Yüksel¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Plenarwoche dieses Jahres freue ich mich, noch einmal das Wort an Sie richten zu dürfen und Sie über die Arbeit des Petitionsausschusses informieren zu können.

Auch in diesem Jahr hat die Coronapandemie die Arbeit des Petitionsausschusses maßgeblich geprägt. Zahlreiche Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema erreichten den Landtag. Viele Menschen sind von der Pandemie und ihren Auswirkungen überfordert und wenden sich an ihr Parlament.

Dem Petitionsausschuss ist es ein wichtiges Anliegen, hier zu helfen, wenn es möglich ist. Regelmäßig erreichen uns Petitionen, in denen bei behördlichen Entscheidungen die Ermessens- und Auslegungsspielräume der angewendeten Vorschriften nicht immer ausgeschöpft werden. Diese Entscheidungen gehen häufig an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen vorbei. Gerade in diesen Fällen ist der Petitionsausschuss bestrebt, die Bürgerinnen und Bürger nach Kräften zu unterstützen.

Und gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen die Fliehkräfte die Gesellschaft auseinanderdriften lassen, müssen die Belange der Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen und vermittelt werden.

Schon im letzten Jahr konnten wir einen deutlichen Anstieg der Eingaben an unser Parlament verzeichnen. So erreichten den Landtag im vergangenen Jahr 2020 über 7.000 Petitionen.

Diese Entwicklung hat sich auch in diesem Jahr fortgesetzt und verstetigt. Schon im ersten Halbjahr haben wir 3.412 Petitionen erhalten, die sich an das Parlament gerichtet haben. Der Trend steigender Eingangszahlen hat sich demnach bestätigt. Es ist ein gutes Zeichen für unsere Demokratie, dass sich so viele Menschen mit ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihren politischen Forderungen an das Parlament wenden. Erledigt hat der Ausschuss in dieser Zeit 3.697 Petitionen.

Die Themen, mit denen sich die Mitglieder des Petitionsausschusses befasst haben, sind sehr vielfältig. Dabei wird jedem Anliegen das gleiche Maß an Aufmerksamkeit und Engagement geschenkt. Es spielt also keine Rolle, ob es sich um ein sehr persönliches